

Bad Kreuznacher DKP

Einstimmig beschlossen von der ordentlichen Mitgliederversammlung am 11. Januar 2016

Unsere Positionen zu einigen Fragen der Landtagswahlen 2016

Vorbemerkung

Wir erheben nicht den Anspruch, an dieser Stelle zu allen landespolitisch relevanten Themen Aussagen zu treffen.

Zu Fragen der Bildungspolitik gibt es ein knapp 2 Jahre altes Positionspapier der Rheinland-Pfälzischen DKP. Die konkrete Umsetzung der Energiewende, Fragen des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) und der Verkehrspolitik werden hier nicht näher behandelt. Es soll kein Wahlprogramm einer nicht mit eigener Liste antretenden Partei sein, sondern zu einigen in der Öffentlichkeit diskutierten Fragen unsere Positionen darstellen.

Fluchtursachen Krieg und Armut

Seit dem Zusammenbruch des staatlich organisierten Sozialismus in Europa 1989 ff. wurde neben der ökonomischen Erpressung die militärische Intervention wieder Bestandteil deutscher Politik. Mal mit, mal ohne deutsche militärische Beteiligung wurden Staaten destabilisiert, wurden interne Konflikte angeheizt zu Bürgerkriegen oder es wurde offen völkerrechtswidrig interveniert. Den Menschen brachte es nur Not und Tod, auch wenn kollaborierende oft Oberschichten profitierten. Die Herkunftsregionen der meisten Flüchtlinge, Balkan, Nordafrika, Westasien, Afghanistan usw. zeugen davon.

Rheinland-Pfalz, Flugzeugträger der NATO

Bei den meisten Kriegen und Militäreinsätzen, aber auch beim Drohnenterror der USA, ist Rheinland-Pfalz, sind die NATO-Stützpunkte und Einrichtungen in Ramstein, Landstuhl, Spangdahlem, Baumholder und Büchel, mit den letzten 20 US-Atombomben und der atomaren Teilhabe Deutschlands, Sprungbrett, Drehscheibe und Kommandozentrale. Die militärische Präsenz der USA soll wieder stärker werden. Das trifft auf ungeteilten Beifall der CDU. Aber auch die seit 25 Jahren SPD-geführten Landesregierungen taten sich vor allem mit Bittgängen in die USA zwecks Erhaltung von militärischen Einrichtungen hervor. Von den Bundestagsparteien war es die LINKE, die gemeinsam mit oder parallel zu den Kräften der Friedensbewegung, darunter auch der Rheinland-Pfälzischen DKP, Proteste und die jährlichen Ostermärsche organisierte. Auch den Protest dagegen, daß die Werber der Bundeswehr an den Schulen des Landes zum „Werben für´s Sterben“ auftreten können. Die GRÜNEN zeigen sich hier in ihrer ganzen Zerrissenheit zwischen vielen aktiven Friedensbewegten in ihren Reihen einerseits und ihrer Rolle als Kriegspartei, wenn sie an der Bundesregierung beteiligt sind, andererseits.

Entmilitarisierung fördert Entwicklung

Die Behauptung, in schwach entwickelten Regionen wie z.B. der Westpfalz oder an der oberen Nahe gäbe es zu den zivilen Arbeitsplätzen beim Militär keine Alternative, ist schon lange widerlegt. Sie verdreht Ursachen und Wirkung. Wer investiert schon neben einem Pulverfaß, wer möchte in dessen Nachbarschaft mit seinen Kindern wohnen? Wer der Wissenschaft hier nicht

glauben will, schau nach Bad Kreuznach. Bis in die 90er Jahre eine der größten US-Garnisonen im Land, mit einer unter 40.000 gesunkenen Einwohnerzahl, blüht die Stadt auf, seit sie militärfrei ist. Große Flächen wurden frei für Erweiterungen bestehender Unternehmen und der Ansiedlung neuer, aber auch zum Haus- und Wohnungsbau sowie für öffentliche Einrichtungen, ehemals hinter Stacheldraht liegende Schießplätze usw. dienen heute der Naherholung und dem Tourismus. 2015 überschritt die Einwohnerzahl die 50.000, nach dem Absinken unter 40.000 Ende der 80er Jahre, was sich nicht nur aus rund 4.000 Zugängen durch eine Eingemeindung erklärt. Fast 30.000 Arbeitsplätze gibt es in der Stadt, weitaus mehr Ein- als Auspendler.

Hilfe für Flüchtlinge ist Ausdruck des Humanismus

Der Zustrom Zehntausender Vertriebener im letzten Jahr zeigte auch zwei Gesichter des Landes. Da waren und sind Zigtausende, die diese nicht nur willkommen heißen, sondern mit hohem Engagement nach wie vor praktische Hilfe leisten. Sie gleichen damit auch das organisatorische Versagen der Bundespolitik aus, die über Jahre fleißig an den Fluchtursachen mitstrickte, bezüglich der Folgen aber den Kopf in den Sand steckte. Sie demonstrieren auch einen fest verwurzelten Humanismus in großen Teilen des Volkes, mag er nun seine Wurzel in religiösen Bekenntnissen, der Aufklärung oder dem Grundgedanken der Solidarität in der Arbeiterbewegung entspringen.

Platter Antiislamismus ist keine Emanzipation

Aber es mehren sich auch faschistische und rechtspopulistische Aufzüge, Flüchtlingsunterkünfte werden angezündet, übelste Hetze im Internet macht sich breit. Flüchtlinge, deren Helfer, fortschrittliche und linke Menschen werden bedroht und angegriffen. Das Klima dafür hat auch Julia Klöckner als CDU-Anführerin im Land mit geschaffen. Sie und ihre Entourage versuchen, aus antiislamischen und rassistischen Strömungen politischen Profit zu schlagen. Mit ihrer Kampagne für ein Burka-Verbot nutzt sie den Umstand, daß ähnlich dem Antisemitismus der 20er Jahre der in vielem an dessen Stelle getretene heutige Antiislamismus scheinbar für jede Bevölkerungsschicht etwas im „Angebot“ hat. So lebte der dumpfe Rassist über Generationen in der Angst, seine Tochter könnte „ihm einen Juden, Neger, Italiener, Türken oder muslimischen Araber nach Hause bringen“, so hatte der Bildungsbürger damals nichts gegen die Juden allgemein, sondern „nur“ etwas gegen die Kaftan tragenden langbärtigen orthodoxen Ostjuden. Heute hat manche bürgerliche emanzipierte Frau nichts gegen Muslime, sondern nur gegen die Burka. Dabei gibt es für die Frauen auch in Rheinland-Pfalz ganz andere, reale Probleme als 1.000 Frauen mit Burka unter 82 Mio. Einwohnern, wie z.B. die Tatsache, daß sie bei gleichwertiger Arbeit im Schnitt immer noch 23% weniger Lohn bekommen als Männer. Die Unterbewertung sozialer und erzieherischer Berufe resultiert auch aus ihrer Abwertung als Frauenberufe. Beim Streik der Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen 2015 hat sich keine Landtagspartei wirklich auf deren Seite gestellt.

Sondergesetze statt Grundgesetz?

Klöckner fordert ein Sondergesetz für Zuwanderer, ihre Partei aktuell nach den Kölner Ereignissen weiter Verschärfungen. Vertriebene sollen sich zu dem, was nach Meinung der CDU Grundwerte sind, und zu bestimmten politischen Aussagen schriftlich bekennen. Das ist gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes. Es regelt im Grundrechtsteil, wo der Staat grundsätzlich nicht in die Rechte seiner Bürger einzugreifen hat. Es verlangt aber keine Bekenntnisse, noch nicht mal zu sich selbst. Es verlangt nur, daß sich alle Einwohner an die Gesetze halten. Die Erfahrung mit 20 Jahren Berufsverbotepolitik in Rheinland-Pfalz von 1972 bis 1992 ist, daß dort, wo Bekenntnisse verlangt werden, dann auch Überwachung und Bespitzelung betrieben werden. Wird das Bekenntnis verweigert, gibt es Sanktionen. Wird es abgelegt, kann es als vorgetäuscht hingestellt werden, dann gibt es wiederum Sanktionen. Die Einschränkung von Grundrechten begann immer bei

Minderheiten, oft unter Beifall jener, die als nächste dran waren.

Zu wenig praktische Politik gegen Rechts

Es gibt gerade in Fragen des Umgangs mit Zuwandern erhebliche Unterschiede zwischen der Politik von Klöckner und der von Malu Dreyer. Es ist auch hier nicht egal, wer hier nach dem 13. März regieren wird. Aber es fehlt an einer klaren Haltung der Landesregierung. Noch immer schützt die Polizei Faschisten, macht ihnen den Weg bei ihrem Aufzügen frei, trotz des Art. 139 GG, nach dem faschistische und militaristische Organisation rechtswidrig und aufzulösen sind. Antikapitalismus wird diffamiert. Aber selbst der Papst sagt: „Diese Wirtschaft tötet“. Wird dann ein Juso mit der Aussage „Capitalism kills“ auf dem T-Shirt zusammen mit Ministerpräsidentin Dreyer fotografiert, dann läßt man sich von Klöckners 10-köpfiger Presseabteilung ins Bockshorn jagen. Dreyer distanzierte sich, der Juso entschuldigte sich. Mit klein Beigeben aber wurden die Rechten noch nie gestoppt.

Sozialabbau und Prekarisierung auch in Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz sind die Folgen der Hartzgesetzgebung unübersehbar. Hartz IV ist ein staatliches Verarmungs- und Repressionsinstrument. Es richtet sich gegen Erwerbslose, die oft nach Jahrzehnten beruflicher Tätigkeit behandelt werden wie Menschen, die aufgrund eigener Entscheidung noch nie einer Erwerbsarbeit nachgingen. Betroffene empfinden das System als repressiv und entwürdigend, Arbeitende werden damit gefügig gemacht. Wer nicht pariert, nicht auf Lohn verzichtet, nicht länger arbeitet ohne Ausgleich etc., dem wird damit gedroht. Das schwächte und schwächt auch die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften, ebenso wie Zeit- und Leiharbeit, endlose begründungslose Befristungen und der Mißbrauch von Werkverträgen. Ein Viertel aller Arbeitenden in Rheinland-Pfalz, vor allem aber junge Menschen, sind prekär beschäftigt, haben keine gesicherte Zukunft. Von einer grundsätzlichen Umkehr ist bei „Rot-Grün“ in Rheinland-Pfalz wenig zu merken.

Hartz IV und Co, „Brandbeschleuniger“ für Rechte

Das ist aber auch Wasser auf die Mühlen der Rassisten. Längst nicht jeder, der in einem der reichsten Länder der Welt als Erwerbsloser oder Altersrentner auf Hartz-IV-Niveau vegetieren muß, der keine angemessene bezahlbare Wohnung findet, sich nicht nur abgehängt fühlt, ist ein Nazi, wenn er angesichts des dominierenden Medienthemas „Flüchtlinge“ fragt: „Und wer fragt nach mir?“. Aber er droht empfänglich zu werden für die dumpfen Parolen von Rechts. Antifaschistische Politik muß deshalb auch immer die sozialen Fragen angehen, angefangen mit im gewerkschaftlichen Sinne guten und ausreichenden Arbeitsplätze auch durch Arbeitszeitverkürzung, Senkung des Renteneintrittsalters, repressionsfreier Existenzsicherung für Erwerbslose, Schaffung von Wohnraum u.v.m. Für sämtliche Kontrollen des Arbeitsschutzes stehen in Rheinland-Pfalz gerade mal 70 Fachkräfte im Landesdienst, nur ein Bruchteil der Zahl jener, die Parksünder verfolgen. In Fragen der Sonntagsarbeit ist i.d.R. noch das ökonomische Interesse des Kapitals ausschlaggebend.

Landesbedienstete als „Sparschweine“

Ihr Umgang mit eigenen Bediensteten dämpft da Hoffnungen auf positive Veränderungen durch die SPD-Regierung. Ihre Vorgänger seit 1992 waren es, die als erste die Arbeitszeit der Landesbeamten auf 41 Stunden ohne Gehaltsausgleich anhoben, einseitig 4 Jahre die Gehaltssteigerungen auf 1% festgeschrieben, bei der Novellierung des Beamtengesetzes erstmals ein Streikverbot gesetzlich festgeschrieben und streikende Lehrer disziplinarisch verfolgten.

CDU strebt sozialen „roll back“ an

Als die SPD 1992 nach quälenden 45 Jahren CDU-Dominanz zwar nicht an die Macht, die übt nach wie vor das Kapital aus, aber an die Regierung kam, hat sie auch Forderungen der Gewerkschaften und anderer fortschrittlicher Kräfte erfüllt. All das wäre bei einer Ministerpräsidentin Julia Klöckner gefährdet. Dazu zählten die Abschaffung der Berufsverbote, die Einführung eines Bildungsurlaubsgesetzes, die Finanzierung der Technologieberatungsstelle (TBS) des DGB als „Unternehmensberatung“ für Betriebs- und Personalräte, die Abschaffung der Kita- sowie die Nichteinführung von Studiengebühren und auch das Landestariftreuegesetz (LTTG). Klöckner setzt links mit rechts gleich wie jene, die dann aber nicht nur in Zeiten des sogenannten Radikalenerlasses nur gegen Linke vorgingen. Sie beteiligte sich vor Jahren an einer Kampagne gegen die TBS, bei der Unternehmerverbände und FDP sogar den Vorwurf der Betriebsspionage erhoben hatten. Sie sprach sich bis heute unwiderrufen für Studiengebühren aus und fordert permanent Elternbeiträge für Kitas. Demagogisch begründet damit, daß Millionäre keine Befreiung bräuchten. Es geht aber nicht um einige hundert Millionärskinder, sondern um Zehntausende, deren Eltern sich als einkommensschwach outen müßten. Frau Klöckner outet sich nicht nur hier als sozial schwach. Das LTTG bezeichnet sie als überflüssig, es gäbe jetzt ja den Mindestlohn. Gegen die Kontrolle von dessen Einhaltung agierte sie Monate lang unter dem Stichwort „Bürokratiemonster“. Sie verschweigt, daß das LTTG als unterste Schwelle nicht 8,50, sondern 8,90 Euro garantiert, zudem die Einhaltung von deutlich höheren Löhnen der Branchenmindestlöhne und von Stundenlöhnen bis zu knapp 15 Euro im Bereich des ÖPNV. Wenn es um Kapitalinteressen geht, um weitere Umverteilung von unten nach oben, dann ist die Ex-Weinkönigin immer präsent.

Millionäre steuerlich geschont

Frau Klöckner verspricht allen und jedem mehr Geld, mit Ausnahme der Nationalparkbetreiber. Sie sagt aber nicht, wo es herkommen soll. Eine Millionärssteuer, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die mehr als symbolische Besteuerung großer Erbschaften und Schenkungen sowie privater, nicht gemeinnütziger Stiftungen, die z.B. von ver.di geforderte Kommunalwirtschaftssteuer, all das wird mit ihr nicht zu machen sein. Aber auch nicht mit Rot-Grün in seiner bisherigen Verfaßtheit in Rheinland-Pfalz, ohne eine parlamentarisch wirksame linke Opposition. Mit der Schuldenbremse wurden die Weichen gestellt zu weiterem Sozialabbau, Demontage und Privatisierung der Infrastruktur.

LINKE stellt richtige Fragen

Die LINKE in Rheinland-Pfalz machte sehr lange weniger mit linker Politik als mit internen Querelen Schlagzeilen. Wir begrüßen es, daß das seit einiger Zeit nicht mehr so der Fall ist, wenn sich wieder mehr auf die gemeinsamen Gegner besonnen wird, vor allem aber auf die Rheinland-Pfälzer, die einen Politikwechsel brauchen. Die LINKE stellt die notwendigen Fragen nach der Umverteilung gesellschaftlich geschaffenen und privat angeeignetem Reichtums. Sie stellt die Frage, wem Krieg und Interventionen nützen. Sie stellt sich gegen Demokratieabbau und Rassismus. Eine Fraktion der LINKEN im Landtag könnte die politische Achse in Rheinland-Pfalz verschieben.

Die nächsten Aufgaben im Auge behalten

Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen darüber, was eine LINKE in Rheinland-Pfalz irgendwann einmal in einer Regierungsbeteiligung aus unserer Sicht falsch machen könnte oder nicht. Wir wissen auch um Unterschiede in vielen grundsätzlichen Fragen. Der alte Streit in der Arbeiterbewegung, ob das Ende des Kapitalismus die Folge einer Serie von Reformen sein könnte oder nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnissen, ist

derzeit müßig. Momentan und wohl auch noch für lange Zeit wird die Verteidigung des von der Arbeiter- und allen demokratischen, emanzipatorischen und feministischen Bewegungen Erkämpften, der bürgerlich-demokratischen Freiheiten, des ökologischen Überlebens und des Friedens auf der Tagesordnung stehen.

Mehr außerparlamentarische Opposition und Aktion

Politik wird nicht nur in Parlamenten gemacht. Oft wird dort nur nachvollzogen, was sich im außerparlamentarischen Bereich durchgesetzt, dort Hegemonie errungen hat. Ein Beispiel ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, ein großer Erfolg trotz aller Unzulänglichkeiten. Hier erwarten wir von der LINKEN, daß sie sich auch in Rheinland-Pfalz mehr als Bindeglied zwischen Parlamentsfraktion und Bewegung auf der Straße und in den Betrieben profilieren wird. Auch daß sie durchgängig den außerparlamentarischen Kämpfen mehr Bedeutung zumißt, mehr als mobilisierende und einigende Kraft in Erscheinung tritt, als sie das heute tut.

Wahlkampf gegen links nutzt nur den Rechten

Eine LINKE im Landtag von Rheinland-Pfalz würde einer SPD, die sozialdemokratische statt neoliberaler Politik machen will, nicht schaden. Umfragen der letzten Monate zeigen die LINKE stabil bei 5%, der Einzug scheint auch daher als möglich. Mit einem Wahlkampf gegen die LINKE könnte die SPD ggf. einige wenige Zehntel Prozent hinzugewinnen, eine parlamentarische Mehrheit aber jenseits von CDU, einer möglicherweise im Unternehmerinteresse reanimierten FDP und der AfD verhindern.

**Die Rheinland-Pfälzische DKP ruft auf,
am 13. März 2016 in Rheinland-Pfalz die LINKE zu wählen.
Eine Stimme für linke Politik ist nie eine verlorene Stimme.**